

V-01 Neues Wettrüsten verhindern - Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben

Antragsteller*in: Agnieszka Brugger (KV Ravensburg)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 Vertrauen, Abrüstung und Rüstungskontrolle sind angesichts der globalen Krisen und einer
2 Welt in Unordnung heute notwendiger denn je. Als US-Präsident Obama im Mai Hiroshima
3 besuchte, erneuerte er dort seine Vision für eine atomwaffenfreie Welt. Doch über sieben
4 Jahrzehnte nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki, die der Menschheit
5 das Zerstörungspotential dieser Massenvernichtungswaffen auf das Grausamste vor Augen
6 führten, ist eine Welt ohne Atomwaffen immer noch nicht in Sicht. Gleichzeitig führen
7 konventionelle Aufrüstung und Rüstungsexporte in Krisenregionen dazu, dass Konflikte weiter
8 eskalieren. Nur Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten mehr Frieden und Sicherheit für
9 alle. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN streiten dafür, diesen Weg gerade in der heutigen Zeit endlich
10 und entschieden zu gehen

11 Vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt sind wir heute so weit entfernt, wie seit Beginn der
12 1980er Jahre nicht mehr. Noch im Jahr 2009 bestand Hoffnung, dass die Vision einer
13 atomwaffenfreien Welt wirklich Realität werden könnte. Über fast alle Fraktionsgrenzen
14 hinweg beschloss der Bundestag 2010 daher, sich aktiv für atomare Abrüstung einzusetzen und
15 forderte u.a. den Abzug der US-amerikanischen Atombomben aus Büchel, die wie ein Relikt aus
16 der Zeit der Blockkonfrontation noch in Rheinland-Pfalz stationiert sind.

17 Diese Atomwaffen wollen die USA nun modernisieren – und prompt verkündet Russland die
18 Stationierung von Nuklearwaffen in Kaliningrad. Beide Länder stecken dreistellige
19 Milliardenbeträge in die Modernisierung dieser Massenvernichtungswaffen. In der NATO wird
20 hinter verschlossenen Türen die eigene Atomstrategie diskutiert und die USA denken laut
21 darüber nach, nuklear bestückte Marschflugkörper inmitten Europas zu stationieren. Obwohl
22 mit dem endlich geschlossenen Abkommen zum iranischen Atomprogramm an anderer Stelle eine
23 weitere atomare Aufrüstung verhindert werden konnte, droht insgesamt die Abkehr vom
24 Abrüstungspfad und ein massiver Rückschritt für die Sicherheit der Welt. Nordkoreas Diktator
25 Kim Jong-un verfolgt weiter das Ziel der nuklearen Aufrüstung. Und auch eine Einigung über
26 eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten ist weiterhin nicht in Sicht.

27 Atomwaffen waren schon immer sicherheitspolitischer Irrsinn. Wer an der Doktrin atomarer
28 Abschreckung festhält, denkt weiter in der Logik von Blockkonfrontation und Kaltem Krieg und
29 verleugnet die katastrophalen Folgen des Einsatzes von Atomwaffen für Mensch und Umwelt.
30 Dieser Weg ist falsch und geschichtsvergessen, vor allem ist er aber gefährlich.

31 Die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit finden sich in Form von
32 zerfallenden Staaten und transnationalen Terrornetzwerken, sie liegen in der wachsenden
33 sozialen Ungleichheit und der Klimakrise. Gegen diese Herausforderungen hilft kein einziger
34 atomarer Sprengkopf. Und erst recht helfen keine 16.000 Sprengköpfe, die heute weltweit noch
35 einsatzbereit sind. Atomwaffen unterscheiden nicht zwischen militärischen und zivilen
36 Zielen. Sie haben immense zerstörerische Kraft und wirken noch Jahrzehnte später nach. Es
37 sind grausame und menschen-, ja sogar alles Leben verachtende Waffen.

38 Als Partei, die ihre Wurzel vor allem auch in der Anti-Atombewegung hat, halten BÜNDNIS 90/
39 DIE GRÜNEN am Ziel einer atomwaffenfreien Welt ausdrücklich fest. Wir wollen, dass die in
40 Deutschland und Europa stationierten US-Atomwaffen unverzüglich abgezogen werden. Wir lehnen
41 jegliche Abstriche beim Ziel von „Global Zero“ ab und verurteilen alle Maßnahmen, die den

42 Druck auf atomare Abrüstung mindern oder gar zu einer neuen Spirale atomarer Aufrüstung
43 führen.

44 Europa ist von Krisen umgeben. Sei es in der Ostukraine, in Syrien und dem Irak oder in
45 Nordafrika, wo Kriege und unmittelbare Not viele Staaten destabilisieren. Bis weit in das
46 konservative Lager herrscht verbal Einigkeit darüber, dass sich die Krisen und Konflikte
47 dieser Welt nicht mit militärischen Mitteln lösen lassen. Doch dieser Konsens ist für viele
48 leider viel zu oft nur ein Lippenbekenntnis, wenn genau diese Konflikte wieder als
49 Begründung für Waffenlieferungen in die betreffenden Länder und für massive Aufrüstung zu
50 Hause herangezogen werden. Das lehnen wir ab. Mehr Panzer und noch mehr Milliarden für den
51 Verteidigungshaushalt dienen nicht der deutschen, europäischen oder globalen Sicherheit,
52 sondern in erster Linie der heimischen Rüstungsindustrie.

53 Abrüstung muss stattdessen endlich ein Grundpfeiler der deutschen und europäischen
54 Außenpolitik werden. Weniger Rüstung und mehr vertrauensbildende Rüstungskontrolle bedeuten
55 mehr Frieden und Sicherheit in vielen Regionen dieser Welt.

56 Wir stehen zu mehr internationaler Verantwortung für Deutschland. Dafür braucht es aber
57 nicht mehr Panzer, keine bewaffneten Drohnen und keine nukleare Teilhabe. Sondern es braucht
58 frühzeitige Konfliktbearbeitung, zivile Krisenprävention und mehr Engagement in der
59 Entwicklungszusammenarbeit, einen stärkeren Einsatz von zivilen Expert*innen, Richter*innen,
60 mehr Personal bei den VN und mehr Polizist*innen und Soldat*innen bei Friedenseinsätzen der
61 VN, der EU oder der OSZE. Und es braucht eine grundlegend andere Politik bei uns in Europa
62 um die tieferliegenden Konfliktursachen anzugehen, die durch unsere Handelspolitik, unsere
63 Agrarpolitik oder unseren Beitrag zur Klimakrise entstehen.

64 Alle diese Maßnahmen würden konterkariert, wenn wir es zulassen, dass es durch Provokation
65 und Gegenprovokation zu einer neuen Aufrüstungsspirale kommt. Gerade in unruhigen Zeiten
66 muss eine aktive Friedens- und Abrüstungspolitik Leitlinie unserer internationalen Politik
67 sein.

68 ***Konkrete Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt***

69 Die Bundesregierungen haben es seit 2009 versäumt, das Zeitfenster für nukleare Abrüstung
70 nach der Prager Rede von US-Präsident Obama effektiv zu nutzen. Union und SPD bleiben mit
71 ihrer Politik sogar noch hinter den mageren Versuchen der schwarz-gelben Vorgängerregierung
72 zurück. Während die SPD im Wahlkampf noch für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland
73 warb, hat sie im letzten Jahr mit CDU/CSU die Voraussetzungen für eine Modernisierung dieser
74 gefährlichen Massenvernichtungswaffen geschaffen. Die von den USA in Büchel (Rheinland-
75 Pfalz) stationierten taktischen Atomwaffen werden dadurch nicht nur gefährlicher, auf diese
76 Weise wird auch die Stationierung dieser Bomben in Deutschland zementiert. Wir kritisieren,
77 dass die Bundesregierung dies durch eine Anpassung von Trägermitteln, den Tornados, und der
78 Bereitstellung von Soldat*innen für einen Einsatz der Atomwaffen unterstützt.

79 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den sofortigen Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus
80 Deutschland und Europa und eine klare Absage an die Modernisierungspläne, die auch noch
81 mehrere hundert Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt kosten. Innerhalb der NATO muss sich
82 Deutschland für ein Ende der Politik der nuklearen Abschreckung einsetzen. Dazu gehört der
83 Verzicht auf eine atomare Erstschlagoption.

84 Wenn neue Ideen und Bewegungen für eine atomwaffenfreie Welt auf veraltete Denkmuster und
85 zynischen Realismus stoßen, zieht sich die Bundesregierung stets ins Lager der nuklearen
86 Abschreckung zurück.

87 Wir kritisieren, dass die Bundesregierung bis jetzt nicht bereit war, die Erklärung der
88 *Humanitären Initiative* zu unterschreiben, in der festgestellt wird, dass ein Einsatz von

89 Atomwaffen „unter allen möglichen Umständen“ („under any circumstances“) auszuschließen sei.
90 Die *Humanitäre Initiative* könne man als NATO-Mitglied nicht unterstützen, hieß es. Unter den
91 159 Unterstützer-Staaten der Initiative finden sich mit Norwegen, Dänemark und Island jedoch
92 gleich drei Mitgliedstaaten der NATO. Erst im August hat die Bundesregierung in der
93 *Unbefristeten Arbeitsgruppe zur nuklearen Abrüstung* der Vereinten Nationen gegen einen
94 Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt. Wir fordern die Bundesregierung auf,
95 die Erklärung der *Humanitären Initiative* zu unterzeichnen und ihre Blockadehaltung in den
96 Gremien der Vereinten Nationen aufzugeben.

97 Das von Deutschland mitverhandelte Abkommen über das iranische Nuklearprogramm ist ein
98 historischer Durchbruch. Es ist auch ein wichtiges Zeichen dafür, dass internationale
99 Kooperation in der Abrüstungspolitik erfolgreich sein kann. Daher darf Deutschland seine
100 Glaubwürdigkeit bei diesem Thema nicht durch die Unterstützung nuklearer Aufrüstung an
101 anderer Stelle und im eigenen Land untergraben.

102 ***Aufrüstung erschwert Lösung der Ukraine-Krise***

103 Die Situation in der Ukraine ist für die europäische Friedensordnung entscheidend, weil es
104 um das Selbstbestimmungsrecht eines souveränen Staates geht. Die Annexion der Krim war
105 völkerrechtswidrig. Russland hat hier die nationale Souveränität und territoriale Integrität
106 eines Staates missachtet und die Verpflichtung zur gewaltlosen Konfliktlösung und zur
107 Ablehnung gewaltsamer Grenzverschiebungen sowie das Einhalten internationaler Verträge
108 verletzt.

109 Auch im Hinblick auf die nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen war das ein
110 fatales Signal. Die Ukraine hat 1994 als eines der wenigen Länder ihre Atomwaffen
111 vollständig abgegeben und dafür mit dem Budapester Memorandum eine Garantieerklärung für
112 ihre territoriale Integrität erhalten, der sich gerade Russland, Großbritannien und die USA
113 als Unterzeichnerstaaten verpflichtet haben. Russland hat mit seinem Agieren in der Ukraine
114 diese Garantie gebrochen.

115 Eine militärische Lösung dieses Konfliktes kann es nach wie vor nicht geben. Die Aufgabe der
116 EU muss es sein, in dieser ernsten Krise ihr Potenzial als Zivilmacht zur Deeskalation, zur
117 zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einzusetzen. Mit dem Abkommen von Minsk
118 gibt es einen Fahrplan für eine Beilegung der Krise, an dem wir festhalten müssen.

119 Deshalb kritisieren wir auch alle Versuche, egal welcher Seite, diese Krise zu Aufrüstung
120 und Rückkehr zur Logik der Abschreckung zu nutzen. Das Festhalten der NATO am geplanten
121 Raketenabwehrsystem ist nach wie vor falsch. Erklärtes Ziel dieses Systems war der Schutz
122 vor potentiellen Angriffen aus dem Iran. Spätestens mit der Einigung in den Iran-
123 Verhandlungen ist dieses teure Projekt obsolet geworden. Ein Verzicht darauf könnte einen
124 wichtigen Beitrag zur Entspannung zwischen NATO und Russland leisten und der Erzählung
125 Präsident Putins von der permanenten Einkreisung den Wind aus den Segeln nehmen. Die
126 Bundesregierung muss sich für einen Stopp des NATO-Raketenabwehrsystems einsetzen.

127 Gerade wenn die Lage angespannt ist, braucht es eine konsequente Entspannungspolitik. Die
128 Rüstungskontrolle in Europa muss fit fürs 21. Jahrhundert gemacht werden. Sie muss neue
129 militärische Fähigkeiten und Strategien einbeziehen und auch in Gebieten anwendbar sein,
130 deren territorialer Status umstritten ist. Langfristig kann nur Kooperation zu einer
131 langsamen Wiederannäherung führen.

132 ***NATO-Russland: Gefahren erkennen, Chancen ergreifen***

133 Wir sehen mit Sorge, dass durch ständige Übungen und Manöver entlang der Grenzen zwischen
134 Russischer Föderation und Europäischer Union die Gefahr der Eskalation steigt.

135 Wir wissen um die Befürchtungen gerade der baltischen und osteuropäischen Mitgliedstaaten
136 der EU, die aus ihrer geopolitischen Lage und aus ihrer jüngeren Geschichte heraus auch mehr
137 als verständlich sind. Deshalb haben wir auch die verstärkte Beteiligung Deutschlands an der
138 Luftraumüberwachung der NATO-Mitgliedsstaaten im Baltikum unterstützt.

139 Die Bundesregierung hat sich zur weiteren Gültigkeit der NATO-Russland-Grundakte von 1997
140 bekannt. Dieses Bekenntnis darf nicht konterkariert werden.

141 Eine dauerhafte Stationierung von Truppen in substantiellem Umfang im östlichen NATO-
142 Bündnisgebiet lehnen wir ab. Es wäre ein Schritt zurück hin zu waffenstarken Blöcken, die
143 sich gegenüber stehen. Wer eine Entspannung anstrebt, wird diese sicher nicht mit noch mehr
144 Truppen an den Außengrenzen erreichen.

145 Dass diese Politik nur zu mehr Konfrontation führt, zeigt die diesen Plänen folgende
146 Ankündigung des russischen Präsidenten ebenfalls mit Truppenstationierungen an den EU-
147 Außengrenzen zu reagieren. Beides lehnen wir ab und rufen beide Seiten dazu auf, abzurüsten
148 und die Militärpräsenz zu verringern.

149 Es bleibt richtig: langfristige Sicherheit in Europa wird nach unserer Überzeugung nur mit
150 und nicht gegen Russland verwirklicht werden können. Der nukleare Abrüstungsprozess zwischen
151 den USA und Russland muss stärker unterstützt werden, um dem Ziel einer atomwaffenfreien
152 Welt näher zu kommen. Für einen ernsthaften Dialog braucht es wieder eine Verstärkung des
153 NATO-Russland-Rates als zentrale Dialogplattform.

154 ***Konventionelle Aufrüstung stoppen - wirksame Rüstungskontrolle umsetzen***

155 Neben einer gefährlichen Nuklearstrategie hält die NATO noch immer an ihrer sicherheits- und
156 finanzpolitisch unsinnigen Forderung fest, jedes Mitgliedsland müsse zwei Prozent des
157 Bruttoinlandsproduktes für Militärausgaben aufbringen. Bundeskanzlerin Merkel hat sich
158 perspektivisch zu diesem Ziel und einer weiteren Erhöhung der Militär- und Rüstungsausgaben
159 bekannt. Die massive Aufrüstungsoffensive von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen
160 für die Bundeswehr stellt einen Rückfall in die Logik des Kalten Krieges dar und wird am
161 Ende nicht mehr, sondern weniger Sicherheit schaffen. Die Bundesregierung darf sich bei der
162 Beschaffung im Militärbereich nicht länger von den Wünschen der Rüstungsindustrie leiten
163 lassen.

164 Deutschland muss stattdessen endlich seine finanzielle Zusage, 0,7 Prozent seiner
165 Wirtschaftsleistung für internationale Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden, erfüllen. Es
166 ist zynisch, wenn die Bundesregierung seit Jahrzehnten diese Zielmarke weit verpasst, dann
167 aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Die Not vieler
168 Menschen auf der Flucht oder die akute Finanznot des UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zeigen
169 die gefährlich falsche Prioritätensetzung.

170 Der unverantwortliche Umgang der Bundesregierung mit Rüstungsgütern zeigt sich auch bei
171 ihrer Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte und der Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete.
172 Im ersten Halbjahr 2016 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von über vier
173 Milliarden Euro genehmigt. 2015 wurde der Gesamtwert der Exportgenehmigungen mit fast acht
174 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Ein Großteil dieser gefährlichen
175 Exporte geht dabei an Staaten außerhalb von EU und NATO. Beispielsweise in Mexiko hat sich
176 in den letzten Jahren gezeigt, wie schnell von Deutschland gelieferte Waffen sich
177 weitverbreiten können und wie schnell sie in falsche Hände fallen können. Jährlich
178 genehmigt die Bundesregierung Rüstungsexporte in Länder wie Saudi-Arabien und Katar, die
179 einen blutigen Krieg im Jemen führen. Diese Beispiele zeigen, dass die strengen politischen
180 Richtlinien für Rüstungsexporte aus dem Jahr 2000 unter Angela Merkel und Sigmar Gabriel
181 ausgehebelt wurden.

182 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb ein Rüstungsexportgesetz, das diesen Grundsätzen und
183 Kriterien mehr Verbindlichkeit verleiht. Rüstungsexporte und Waffenlieferungen in
184 Krisengebiete, wie etwa die Ukraine, und an Staaten, die Menschenrechte verletzen, wie etwa
185 Saudi-Arabien, lehnen wir ab. Die Zuständigkeit wollen wir vom Wirtschaftsministerium auf
186 das Auswärtige Amt übertragen und mehr Transparenz und demokratische Beteiligung bei
187 Rüstungsexportentscheidungen einführen.

188 Aber nicht nur bei den Rüstungsexporten ist die Politik von Schwarz-Rot ein
189 abrüstungspolitisches Desaster. Die Verteidigungsministerin treibt ohne eine
190 sicherheitspolitische Begründung die Beschaffung und Entwicklung von Kampfdrohnen voran. So
191 wird einmal mehr das Profitinteresse der Rüstungsindustrie bedient und nicht nach einem Weg
192 für mehr Frieden und Sicherheit gesucht. Der gefährliche Trend zur automatischen oder sogar
193 autonomen Kriegsführung führt zu einer Entgrenzung und Eskalation von Konflikten. Die von
194 den USA durchgeführten Drohneneinsätze z.B. in Pakistan oder in Somalia machen deutlich, wie
195 schnell die Hemmschwelle zur Anwendung bewaffneter militärischer Gewalt bei den politischen
196 Entscheidungsträger*innen sinkt, wenn die eigenen Streitkräfte dabei kein Risiko eingehen
197 müssen.

198 Die Bundesregierung muss sich international für eine Ächtung autonomer bewaffneter Drohnen
199 einsetzen und aufklären, ob die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige
200 Drohnenangriffe nutzen. Die von der Bundesregierung beschlossene Entwicklung eigener
201 Kampfdrohnen bis 2025 und jegliche Beschaffung bewaffneter Drohnen lehnen wir ab.

Weitere Antragsteller*innen

Jürgen Trittin (KV Göttingen); Frithjof Schmidt (KV Bochum); Claudia Roth (KV Augsburg); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Sven Lehmann (KV Köln); Chris Kühn (KV Tübingen); Gerhard Schick (KV Mannheim); Daniel Wesener (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Peter Meiwald (KV Ammerland); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Katja Keul (KV Nienburg-Schaumburg); Volker Beck (KV Köln); Markus Kurth (KV Dortmund); Steffi Lemke (KV Dessau-Roßlau); Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Katharina Dröge (KV Köln); Sara Nanni (KV Münster); Felix Deist (KV Essen)